

Theodor Bergmann

Der 100-jährige Krieg um Israel



VSA:

Eine **internationalistische** Position
zum **Nahostkonflikt**

Aktualisiertes
Vorwort

Theodor Bergmann
Der 100-jährige Krieg um Israel

Theodor Bergmann (geboren am 7.3.1916) ist am 12. Juni 2017 im 102. Lebensjahr in Stuttgart verstorben. Er war bis ins hohe Alter politisch und publizistisch aktiv. Es war sein Wunsch, dass sein Plädoyer für eine Versachlichung der Debatte des Konflikts zwischen Israel und Palästina auch weiterhin Gehör findet. Deshalb hatte er uns noch im Mai 2017 ein aktuelles Vorwort für die verabredete Neuauflage dieses Buches geschickt. Es erscheint nun in Andenken an den Autor posthum.

Theodor Bergmann wurde als siebter Sohn eines reformorientierten Rabbiners in Berlin geboren. 1933 musste er emigrieren, zunächst nach Palästina, wo er u.a. in einem Kibbuz arbeitete. 1946 kehrte er nach Deutschland zurück und promovierte 1955 an der Universität Stuttgart-Hohenheim, an der er später bis zu seiner Emeritierung als Professor für international vergleichende Agrarpolitik lehrte und forschte. Danach widmete er sich verstärkt der Geschichte der Arbeiterbewegung, insbesondere der KPD-O, und der Analyse von Reformen und Reformern im Kommunismus.

Zu seinen letzten Veröffentlichungen gehören die aktualisierte Neuauflage seiner Lebensbeschreibung »Im Jahrhundert der Katastrophen. Autobiografie eines kritischen Kommunisten« (2016 anlässlich seines 100. Geburtstags) sowie der Band »Der chinesische Weg. Versuch, eine ferne Entwicklung zu verstehen« (2017).

Theodor Bergmann

Der 100-jährige Krieg um Israel

Eine internationalistische Position zum Nahostkonflikt

Mit einem aktuellen Vorwort

VSA: Verlag Hamburg



Zur Titelgrafik:

Das Motiv entstammt dem nebenstehenden Plakat aus dem Jahr 1948. Der hebräische Text lautet übersetzt:

Freundschaftsgesellschaft Israel-UdSSR (*über den Flaggen*)

Die Volksmassen in Israel begrüßen die Eröffnung der Botschaft der Sowjetunion Willkommen!

Die Freundschaft mit der Sowjetunion ist die Garantie unserer nationalen Unabhängigkeit (*unter den Flaggen*)

Wir entnehmen das Plakat mit freundlicher Genehmigung des Israel-Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung Tel Aviv dem Katalog »Wider den Strom! Die Kommunistische Partei Israels (KPI) 1919-2009«, herausgegeben von Tamar Gozansky und Angelika Timm. Er wurde am 25. März 2009 auf einer Konferenz an der Universität Tel Aviv aus Anlass des 90. Jahrestags der Kommunistischen Partei Israels vorgestellt.

Inhalt

Wird der Schmelbrand im Nahen Osten zum Flächenbrand?

Vorwort zur Neuauflage 2017	7
Vorwort zur 1. Auflage	15
1. Eine internationalistische Ausgangsposition	17
2. Vergangenheit	18
2.1 Der Nahe Osten – eine Region der Konflikte	18
2.2 Bevölkerung und Einwanderung	19
2.3 Zionismus und Staatsgründung	24
2.4 Arbeiterbewegung, Zionismus und Antisemitismus	29
3. Gegenwart.....	35
3.1 Deutsche Arbeiterbewegung und Israel	35
3.2 Israels fragwürdige militärische Erfolge	39
3.3 Der bewaffnete Kleinstaat zwischen den Mächten	45
3.4 Ein kurzer Blick auf eine Gesellschaft im Wandel	49
3.5 Die neuen Historiker	56
3.6 Politische Entwicklungen nach dem Jahr 2000	61
3.7 Das militärische Patt	64
3.8 Fehler und Irrtümer israelischer Regierungen	66
3.9 Wer spricht für »die Juden«?	68
3.10 Die Historisierung von Auschwitz	70
3.11 Die aktuelle Debatte unter Sozialisten	73
4. Zukunft	83
4.1 Wo bleiben die israelischen Kriegsgegner?	83
4.2 Eine internationalistische Lösung	87
5. Literatur	92
Abkürzungen	94

Wird der Schwelbrand im Nahen Osten zum Flächenbrand?

Vorwort zur Neuauflage 2017

Sechs Jahre nach Erscheinen der Erstauflage dieses Buches ist festzustellen, dass der Krieg in immer veränderten Formen weitergeht. Einige neue Entwicklungen verlangen ein aktualisiertes Vorwort.

Der Nahe Osten ist in Aufruhr und Krieg. Wo sind seine Grenzen, was sind seine gemeinsamen Merkmale; worum wird Krieg geführt? Geografisch rechne ich dazu die Mittelmeeranrainer von Tunesien bis zum Libanon, Saudi-Arabien, die Erdöl-Emirate, den Jemen, Irak, Iran. In den meisten Ländern dominiert die arabische Sprache in ihren zahlreichen »Dialekten« – außer im Iran.

Die dominante Religion ist der Islam, dessen drei Hauptrichtungen sich auf den Koran berufen. Saudi-Arabien und seine Verbündeten folgen der sunnitischen Interpretation des Korans, Iran dagegen beruft sich auf die Shia. In Syrien regieren Aleviten, deren europäische Anhänger als progressiver gelten. Die Regierungen in Teheran und Riad benutzen die Diaspora-Inseln im »Feindesland« als Außenposten in ihrem Wettkampf.

Dieser Kampf geht um die imperialistische Vorherrschaft in der Region, aus der sich die USA nach ihren Niederlagen allmählich zurückziehen, weil sie ihre Kräfte überschätzt haben und ihr Militär seit 2012 neue Hauptfeinde ausgemacht hat. Aber dieser Rückzug wird immer wieder durch neue Interventionen unterbrochen.

Der Wettkampf wird unter religiösen Verhüllungen geführt, eines der Zeichen der sozialen Rückständigkeit. Die Arbeiterklasse ist in den meisten dieser Länder schwach, ihre kommunistischen Parteien seit den 1970er Jahren verboten, ihre Führungen in Iran, Irak, Syrien öffentlich ermordet, in Ägypten »nur« verboten und ihre Führer aus dem Land vertrieben. Im Libanon ist die KP legal, aber völlig nationalistisch. In Ägypten ist die KP seit etwa drei Jahren legalisiert. Es ist aber unklar, ob sie politisch selbständig oder nur Anhängsel der Regierung ist. Anders ist die Entwicklung in Tunesien.

Inmitten dieser teils theokratischen, teils feudalen Gesellschaften existiert das fast europäische Israel mit seinem hundertjährigen Krieg, technisch mo-

dern, eine »normale« Klassengesellschaft, in der die Kommunisten eine legale Partei bilden, binational, mit arabischen und jüdischen Abgeordneten in der Knesset. Die Kommunistische Partei hat sich umbenannt in Front für Demokratie und Frieden mit dem hebräischen Akronym CHADASH. Bei den Parlamentswahlen 2015 bildeten die Kommunisten eine *Gemeinsame Liste*¹ mit allen arabischen Parteien in Israel. Diese Liste – geführt von dem arabischen Kommunisten Ayman Odeh – hat 13 Abgeordnete im Parlament (von insgesamt 120).

Die Palästinenser sind gespalten und haben zwei getrennte, feindliche »Regierungen« mit Mahmud Abbas als Präsident der Palästinenserbehörde der Westbank in Ramallah und Ismail Haniyeh in Gaza-Stadt. In einem blutigen Bürgerkrieg hat die Hamas 2006 die Fatah-Anhänger im Gaza-Streifen vernichtet. Mehrfach wurde seitdem versucht, eine gemeinsame Regierung zu bilden – ohne Erfolg.

Haniyeh wurde im Frühjahr 2017 von Jahia Sinwar abgelöst, der nach 23 Jahren Haft in Israel als noch radikaler als sein Vorgänger gilt. Die Palästinenser in Ost-Jerusalem und in Kern-Israel bilden mit etwa 1,8 Mio. eine Minderheit von 20%.

Kein arabischer Frühling

Die große Unruhe begann Mitte der 1970er Jahre. Nach dem Sturz des Schahs im Jahr 1979 trat an seine Stelle ein theokratisches Regime mit Khomeini. Da Teheran nun seinen extremen Feind in den USA sah, gab es viele Illusionen bei linken Beobachtern. Die DDR empfahl den iranischen Emigranten die Rückkehr – und schickte sie damit in den Tod. Die erste Tat der neuen Herren war die Hinrichtung der KP-Funktionäre und das Verbot der KP. Die Lehre: Nicht jeder Feind meines Feindes kann mein Freund sein.

¹ Name der gemeinsamen Wahlliste von Chadasch/al-Dschabha, Balad/al-Tadschamu', der Vereinigten Arabischen Liste (geführt vom südlichen Flügel der Islamischen Bewegung) und Ta'al, die erstmals zu den Knesset-Wahlen 2015 antrat. Die Gemeinsame Liste gewann 13 Mandate und wurde damit drittgrößte Fraktion in der Knesset. Sie repräsentiert die absolute Mehrheit der palästinensischen Minderheit in Israel, ist zugleich Heimat linker, anti- und nicht zionistischer Jüdinnen und Juden, die vor allem an Chadasch/al-Dschabha angebunden sind. Gleichzeitig ist ihr Programm auf das gesamte israelische Gemeinwesen ausgerichtet, wobei die Forderung nach Beendigung der Besatzung aller seit 1967 besetzten Gebiete sowie der Kampf um soziale Gerechtigkeit und Arbeiterrechte die Hauptpfeiler sind. Weitere Informationen: www.rosalux.org.il/gemeinsam-anders-die-gemeinsame-liste-und-progressive-politik-in-israel/ (Anm. d. Red.).

Der Konflikt Iran – USA wurde Ende 2015 beigelegt. Die USA ziehen sich zurück, überlassen Teheran die imperialistische Vormachtstellung in der Region. Der »Kompromiss« wird wohl kein Hindernis für Teheran beim Bau einer Atombombe sein. Die deutsche Industrie kann nun mit weniger Hürden die Aufrüstung des Iran weiter unterstützen.

In Ägypten wurde die Regierung von Hosni Mubarak gestürzt. Nachfolger wurde für kurze Zeit der reaktionäre Moslem-Bruder Mohamed Mursi, bald abgelöst von Abdel Fattah al-Sisi, einem Militär. In mehreren Ländern wurden die Regierungen gestürzt, z.T. mithilfe ausländischer Interventionen. Aber nirgends gab es einen Systemwechsel, einen arabischen Frühling, nur einen Generationswechsel.

Die Interventionen der USA und der BRD in Irak und Afghanistan führten nicht zu Stabilisierung und zu bürgerlicher Demokratie. Die Gegner von Saddam Hussein kooperierten mit dem Iran, dessen Einfluss nun bis Bagdad reicht. Die Taliban, von den USA unterstützt und bewaffnet gegen die Sowjetunion Ende der 1970er Jahre, wenden sich gegen die USA. Der geplante militärische Rückzug erweist sich als sehr schwierig. Washington muss wieder militärische Verstärkung schicken.

Der Baath-Sozialismus stellt sich als Nationalismus heraus. Die sowjetische Führung hatte die Staaten Somalia, Ägypten, Irak, Syrien zu sozialistischen erklärt. Diese nahmen gern billige Waffen von der Sowjetunion. Aber ihr »Sozialismus« ist längst vergessen, es ist purer Nationalismus.

Islam – Islamismus – Islamofaschismus?

Der Islam ist eine Religion, die von den Herrschenden genutzt wird, um noch nicht klassenbewusste, oft analphabetische Bauern für ihre militärischen Ziele zu rekrutieren. Islamismus ist vielleicht ein reaktionärer Versuch, die Grenzen, die nach 1918 von den europäischen Mächten gezogen wurden, zu korrigieren. Die allermeisten Flüchtlinge, die nach Europa kommen, sind Muslime, keine Islamisten.

Die (Terror-)Milizen des ISIS (Islamischer Staat in Irak und Syrien) bezeichnet Mario Keßler als Islamofaschismus. Auch Alain Badiou, ein französischer Marxist, nennt den IS und seine Milizen Faschisten.² An dieser Kennzeichnung möchte ich zweifeln. Faschismus ist eine Terrorherrschaft, aber nicht jeder Terror ist Faschismus. Wird der Begriff zu oft und undifferenziert verwandt, verliert er seine Bedeutung. Faschismus ist eine beson-

² Alain Badiou, Faschisierung. In: Freitag, 14.4.2016

dere Herrschaftsform des (über)reifen Kapitalismus, die den Terror gegen eine gut organisierte Arbeiterklasse einsetzt.

In den Bürgerkrieg in Syrien, der mit dem Kampf der IS-Milizen zusammenfließt, mischen sich viele Mächte mit unterschiedlichen Interessen ein – USA, BRD, Russland, Türkei, Iran, Saudi-Arabien. Das kann gefährlich werden.

Iran wird zur imperialistischen Regionalmacht

Teheran interveniert nicht nur in Syrien und Libanon, sondern auch im Irak und Jemen und instrumentalisiert die Hamas. Die militärische Unterstützung der Hamas in ihrem Kampf gegen Israel soll auch dazu beitragen, Iran zum Führer der arabischen Israel-Gegner zu machen. Wie erwähnt, wird Iran zur stärksten Kraft der Region. Teheran kämpft gegen Saudi-Arabien militärisch um die Herrschaft im Jemen.

Hamas und Iran haben das erklärte Ziel, Israel von der Landkarte zu streichen. Auf dieses Ziel konzentriert die Regierung in Gaza alle Kräfte. Ihre enge Kooperation mit Teheran hat Kairo veranlasst, die Grenze zum Gaza-Streifen fast völlig zu schließen. So bleibt Israel der Hauptlieferant für Gaza, allerdings unter strenger Kontrolle. Noch vor einigen Jahren fuhr täglich 40-45.000 Araber nach Israel zur Arbeit. Da die Selbstmordattentäter unter den Massen der Wanderarbeiter schwer zu finden waren, wurden statt der Palästinenser Thais, Philippiner und Rumänen als Arbeiter nach Israel geholt.

Der Kampf wird von beiden Seiten intensiv fortgeführt. Die Likud-Regierung will ebenso wenig Frieden wie die Hamas. So erweitert sie ständig die völkerrechtswidrigen Siedlungen in der Westbank. Dort entwickeln sich – im Gefolge der fast 50-jährigen Besatzung – brutale Exzesse radikalisierten jüdischer Siedler und ihrer Kinder. Soldaten, die die Siedler schützen, werden angegriffen. Die Regierung in Jerusalem ignoriert Urteile des Obersten Gerichts gegen illegale neue Siedlungen in der Westbank.

Die Hamas schießt immer wieder Raketen nach Israel – oder diese werden von kleinen Gruppen abgefeuert. Tunnels werden von Gaza aus nach Israel gegraben, um Grenzsoldaten zu entführen. Messerattacken, Bomben in Autobussen und andere Formen des Widerstandes treffen vor allem Zivilisten und beeinträchtigen das tägliche Leben in Israel.

Die friedensfeindlichen Regierenden auf beiden Seiten liefern sich die Vorwände, um einen Konflikt weiterzuführen, der ohne Kompromiss nicht gelöst werden kann. Die militärtechnische Überlegenheit Israels ändert

nichts an dem strategischen Patt und an dem Willen beider Seiten, nicht von der Stelle zu weichen.

Der Boykott gegen Israel ist wenig wirksam, er schadet der Regierung Netanjahu gar nicht, trifft eher die kritischen Akademiker und erinnert Juden an die antisemitische Propaganda aus alten Zeiten. Besonders in England wird eine Kampagne für *Boycott, Desinvestitionen, Sanktionen* (BDS) vorangetrieben, die eine antisemitische Tendenz fördert; sie richtet sich gegen den Staat Israel, nicht gegen die reaktionäre Regierung in Jerusalem. Materiell ist sie ziemlich wirkungslos. Aber sie hilft der israelischen Regierung, die Ängste der Israelis zu schüren.

Benjamin Netanjahu isoliert Israel in der Welt. Die Rede von Angela Merkel in der Jerusalemer Knesset (im März 2008) von Israels Sicherheit als Teil der deutschen Staatsraison kann in der weltpolitischen Realität kein Gewicht haben.

Israel wird sich selber verteidigen müssen. Die angeblich vertraulichen Gespräche unter »guten Freunden« im April 2016 endeten in einer klaren Distanzierung Berlins von der starren Linie der israelischen Regierung, die ihr Land immer weiter isoliert. Die letzten Freunde sind die reaktionärsten Gruppen in den USA, die Evangelikalen. Ebenso stützt sich die Hamas auf Teheran, eine der reaktionärsten Kräfte der Region.

Der Zionismus hat sein Ziel im Jahr 1948 erreicht, die Gründung des Staates Israel. Israelis sind keine Zionisten. Wer heute das Existenzrecht Israels negiert und den Staat beseitigen will, ist kein Antizionist, sondern eher ein Antisemit.

Verschiedene Zionismen

In den 1920er Jahren hofften viele Zionisten auf einen gemeinsamen binationalen Staat der jüdischen Einwanderer mit den ansässigen Arabern. Das scheiterte, weil die meisten Führer der Palästinenser mit dem deutschen Faschismus sympathisierten und auf die Befreiung durch einen deutschen Sieg hofften. Das war auch die Hoffnung des irakischen Militärs (1934) und des ägyptischen Militärs nach 1939.

Wenn heute palästinensische Politiker eine Einstaaten-Lösung anstreben, hoffen sie, binnen kurzer Zeit die Mehrheit zu sein. Das aber würden die Juden nicht akzeptieren – nach ihrer europäischen Erfahrung als Minderheit.

Israelische Politiker der Rechten, die meinen, die Siedlungen in der Westbank seien ein unabänderliches Faktum, würden am Ende die Apartheid schaffen, was in unserer Zeit für viele Menschen und die meisten Regie-

rungen schwer zu akzeptieren wäre und die weitgehende Isolierung Israels bedeuten würde.

Eine Zweistaatenlösung ist keineswegs unrealistisch. Israel hat die Siedlungen im Sinai und im Gaza-Streifen verlassen. Es ist genügend Platz für alle Juden, die in Israel leben wollen, im Kern-Israel (in den 1948 geschaffenen Grenzen, von denen auch 1967 eine erfolgreiche Verteidigung gegen den gemeinsamen Angriff aller Nachbarn möglich war). Sechs Millionen Juden haben über Tausende Kilometer, über Meere und Berge Israel erreicht. Der Weg von der Westbank in den Negev, Israels Süden, beträgt nur wenige Kilometer.

Vielleicht können beide Völker in 50 Jahren über Kooperation oder Konföderation der zwei Staaten nachdenken. Bei dem heutigen Spannungszustand, der auf beiden Seiten geschürten Angst und dem geförderten Hass ist eine Trennung, die Bildung eines Palästinenserstaates neben Israel die einzige Lösung, wenn man Frieden will.

Die Staatsgründer, überwiegend europäische Sozialdemokraten und Sozialisten, erklärten 1948 ihren Staat als säkular mit Gleichberechtigung für alle ethnischen Gruppen und alle Religionen. Netanjahu hat völlig andere Vorstellungen, die mit dem Arbeiterzionismus nichts gemein haben; er fordert die Anerkennung Israels als eines jüdischen Staates und will keinen Palästinenserstaat zulassen, faktisch also die Westbank annektieren.

Auf einer Sitzung der Jerusalemer Regierung auf den Golan-Höhen erklärte Netanjahu im Mai 2016, Israel werde die Golan-Höhen nie an Syrien zurückgeben, sondern in sein Staatsgebiet einverleiben. Die Golan-Höhen hatte Israel im Sechstagekrieg 1967 erobert. Nur ein kleiner Teil der Bewohner blieb. Einige jüdische Siedlungen wurden errichtet. Gelegentlich gab es (Friedens-)Verhandlungen mit Syrien, die erfolglos blieben; der Waffenstillstand war fragil. Die israelische Luftwaffe bombardierte Waffentransporte von Iran über Syrien für die libanesischen Hisbollah.

Im April 2016 hat Netanjahu die Staatengemeinschaft aufgefordert, die Annexion der Golan-Höhen anzuerkennen. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass das geschehen wird.

Nach den immer lahmeren Anläufen der USA gibt es zwei neue ausländische Friedensinitiativen. Paris hat im Januar 2017 eine Friedenskonferenz einberufen und droht Israel, bei einem Scheitern die Palästinenser-Behörde in Ramallah als Staat anzuerkennen. Diese Initiative hat Netanjahu sofort abgelehnt. – Am 18. Mai 2016 bot Ägyptens Präsident al-Sisi an, zwischen Palästinensern (Gaza) und Jerusalem zu vermitteln, damit es zu Friedensverhandlungen kommt. An der geheimen Konferenz am Golf von Akaba mit Jordanien und Ägypten im Februar 2016 hat Netanjahu teilgenommen,

aber das Angebot Ägyptens abgelehnt, das auch im Namen einiger arabischer Staaten gemacht wurde.

Berlin hat im Frühjahr 2017 klargemacht, dass die Jerusalemer Siedlungsbauten nicht gebilligt werden.

Als Donald Trump im Januar 2017 die Präsidentschaft der USA antrat, glaubte Netanjahu nach dessen ersten Reden freie Hand zu haben. Doch in späteren Erklärungen hat Trump die ersten Versprechen bereits zurückgenommen.

Alle bisherigen ausländischen Initiativen sind an der Ablehnung der beiden Regierungen (Gaza und Jerusalem) gescheitert. Es muss offenbar der innenpolitische Druck dazukommen. Ohne Zweifel wünscht die Mehrheit der beiden Völker den Frieden. Den linken Kräften in Israel kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Für die Lösung dieser Aufgabe müssen sie ihre Zersplitterung überwinden und die Zusammenarbeit mit dem Likud ablehnen.

Der jüngste Eklat am 25. April 2017³ in Jerusalem hat nur noch deutlicher gemacht, dass die Regierung Israels keinen Frieden will und dass sie mit ihrem fortgesetzten Siedlungsbau ihr Land in die völlige weltpolitische Isolierung treibt. Netanjahu wird lernen müssen, dass auch ein reicher jüdischer Schwiegersohn nur einer der vielen »Berater« Trumps ist und keineswegs die Außenpolitik der USA bestimmt. In dieser Situation gerät die Tatsache in Vergessenheit, dass die Hamas und Iran genauso friedensfeindlich sind. Der innere Druck muss in beiden Lagern stärker werden.

³ An diesem Tag sagte Netanyahu sein Treffen mit Bundesaußenminister Sigmar Gabriel kurzfristig ab, weil dieser kurz zuvor an einer Diskussionsrunde mit Repräsentanten der Gruppen Breaking the Silence und Betsalem teilgenommen hatte, die Israels Siedlungspolitik in den besetzten Palästinensergebieten kritisieren (Anm. d. Red.).

Vorwort zu 1. Auflage

Mit diesem Essay möchte ich einen Beitrag zur Versachlichung der gegenwärtigen Debatte unter Sozialisten leisten. Sie wird mit viel Emotionen, manchmal mit geringer Geschichtskennntnis geführt.

Zu danken habe ich Avner Ofrath für die Kontrolle der historischen Daten, Heiner Jestrabek für seine geduldige Arbeit bei der Erstellung des druckreifen Manuskripts und für Hinweise auf Internet-Publikationen Prof. Dr. Anne Valle Zárate, Joachim Bruhn und Thorsten Fuchshuber für Hinweise auf wichtige Literatur zum Thema. Die Verantwortung für die politische Position und für alle eventuellen Fehler trage ich allein.

Anfang 2011